



Europa in der Stunde null

Europas Antwort auf die Herausforderungen der Corona-Gegenwart sollte deutlich lauten: Freiheit in Solidarität. Es ist Zeit für einen «New Deal» für den Euro sowie für eine institutionalisierte G-20.
Gastkommentar von Gregor Kirchhof und Andreas Rödder

Schon jetzt ist klar: Die Corona-Krise markiert eine historische Zäsur. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich nur in historischen Dimensionen bemessen. Einschneidend sind auch die Auswirkungen auf alltägliche Routinen. Dass über Wochen hin Läden, Gaststätten, Schulen und Kirchen geschlossen bleiben sowie Konzerte oder Sportveranstaltungen ausfallen, das gab es in Mitteleuropa, wenn überhaupt, letztmals im Zweiten Weltkrieg. Dessen Ende war lange als «Stunde null» in Erinnerung. Wir wissen heute, dass es sie so nicht gab, weil zu viele Kontinuitäten das Kriegsende überdauerten. Dennoch wurden nach 1945 mit atemberaubender Weitsicht Weichen gestellt. Die Charta der Vereinten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention und die europäische Integration wurden samt den stabilen modernen Wohlfahrts- und Rechtsstaaten auf den Weg gebracht.

So gross wird die Diskrepanz zwischen «vorher» und «nachher» nach dem Ende der Pandemie nicht sein. Die Ausgangslage ist dank erprobten, leistungsfähigen Institutionen deutlich besser als vor 75 Jahren – und deutlich besser auch als angesichts der Selbstzweifel des Westens oft gedacht. Die Krise zeigt mindestens dreierlei: Erstens ist das vermeintlich Undenkbare jederzeit möglich. Zweitens herrschen keine unentrinnbaren Pfadabhängigkeiten – die Dinge sind gestaltbar. *Yes, we can!* Und drittens sind Staat und Politik nicht die Gefangen von Märkten, Algorithmen oder Lobbygruppen, sondern entschieden handlungsfähig.

Die Krise eröffnet daher neue Chancen. Sie zu nutzen, setzt freilich Selbstbesinnung voraus: Was hat sich als bewahrensenswert erwiesen, und was müssen wir ändern? Welche Vorstellungen sind nachhaltig, und welche sind illusionär?

Zu viele Egoisten, zu wenig Integration?

Was die Europäische Union betrifft, so hat die Pandemie gezeigt: Sie ist weit von einem Bundesstaat entfernt. Die Mitgliedstaaten bleiben entscheidende Player – und das ist auch gut so. Wenn sie im Kampf gegen das Virus vorübergehend Ausgangsbeschränkungen anordnen, Grenzkontrollen einführen und die medizinische Versorgung stärken, dann erfüllen sie drängende Schutzpflichten, ohne die europäische Integration infrage zu stellen. Brüssel hätte diesen Schutz für rund 450 Millionen Menschen in 27 Mitgliedstaaten nicht leisten können.

Viele ziehen aus dem Beginn der Krise, als die Staaten auf sich selbst konzentriert waren, und aus den Streitigkeiten um die finanzielle Solidarität den Schluss, es gebe zu viele nationale Egoisten und zu wenig Integration. Stattdessen brauche es mehr Europa und gemeinsame Anleihen, mögen sie Corona- oder Eurobonds heissen. Ausnahme-situationen geben allerdings in aller Regel keinen guten Rat. Die reflexhaft hervorgeholte Idee einer Transferunion legt vielmehr die Axt an die Wurzel der europäischen Integration.

Steuergelder, mit denen die Steuerzahler eines Landes zumindest mittelbar die Politik eines anderen Landes finanzieren, würden zu tieferen Rissen führen. Die Geberländer werden stets meinen, zu viel Geld überwiesen zu haben, während die Empfänger angesichts der zu bewältigenden Aufgaben höhere Zuweisungen erwarten. Eine Transferunion ist mit dem Europarecht und mit dem Budgetrecht Königskompetenz der nationalen Parlamente nicht

Die Krise eröffnet neue Chancen. Sie zu nutzen, setzt Selbstbesinnung voraus: Was hat sich als bewahrensenswert erwiesen, und was müssen wir ändern?

zu vereinbaren: *No taxation without representation!* Europa braucht keine ungebremsten Geldströme, sondern echte Hilfen, mit denen stärkere Staaten, allen voran Deutschland, die besonders Betroffenen in ihrer Notlage kraftvoll unterstützen – eine konkrete und sichtbare «Solidarität der Tat», wie es schon in der Schuman-Erklärung hiess. Es geht darum, einen gemeinsamen und damit einenden solidarischen Pfad einzuschlagen.

Das gilt insbesondere für den Euro, der Europa immer tiefer zu spalten droht. Jetzt wäre daher die Zeit eines «New Deal» für den Euro. So wie 1988 das Delors-Komitee eingesetzt wurde, um die Währungsunion vorzubereiten, so könnte heute ein neues unabhängiges, mit Vertretern der unterschiedlichen Vorstellungen paritätisch besetztes Gremium verschiedene Szenarien für die Reform der Währungsunion erarbeiten. Der Auftrag müsste ein zweifacher sein: den Euro erstens krisenfest zu machen und zweitens eine wirkliche Einigung herbeizuführen, die es allen Beteiligten möglich macht, die gemeinsame Währung zu akzeptieren.

Will die EU auf Dauer Erfolg und Bestand haben, bleibt ihr nur eine kluge Politik der Balance: zwischen einem europäischen Zentralismus, wie er sich in Teilen des sogenannten «Green Deal» abzeichnet, und nationalen Egoismen, wie sie in der Flüchtlingskrise erkennbar waren. Die vergangene Entwicklung eines stetigen Machtzuwachses der EU muss überdacht werden. Ohne die Zivilgesellschaften und die Staaten werden die anstehenden Grossaufgaben nicht zu bewältigen sein.

Hätten Staatschefs und die Kommission zu Beginn der Pandemie über die notwendigen Massnahmen mit den Parlamenten der erstbetroffenen Staaten diskutiert, wäre die Solidarität gestärkt und das Virus besser bekämpft worden. Es geht darum, den Parlamentarismus in Europa zu kräftigen, die Zivilgesellschaften für politische Anliegen zu gewinnen. Wenn der EU weitere Kompetenzen übertragen werden, sind den Mitgliedstaaten gleichzeitig spürbar neue Entscheidungsbereiche zuzuweisen. Auch wenn es in Brüsseler Ohren paradox klingen mag: Gerade in der Subsidiarität liegt ein Weg, um europäische Ziele zu erreichen. Europas Antwort auf die Krise, den globalen Wettbewerb, auch auf autoritäre und wirtschaftlich zu weilen erfolgreiche Staaten sollte deutlicher denn je lauten: Freiheit in Solidarität. Europa lebt von drei Kraftquellen: der europäischen Organe, der Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaften.

Für eine starke, aber schlanke öffentliche Hand

Bei allem Leid hat die Krise eindrucksvolle Zeichen der Solidarität in den Zivilgesellschaften hervorgebracht, wenn Menschen Helfer-Netzwerke gründen und sich freiwillig für das Gesundheitswesen melden oder wenn Unternehmen entgegen ihren Produktionsgewohnheiten Masken oder Atemgeräte herstellen.

Eine fundamentale Herausforderung liegt angesichts der sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Krise darin, diese innerhalb der Staaten möglichst gerecht auszugleichen. Manche haben enorme Gewinne erwirtschaftet, weil sie einen Online-Handel betreiben oder Medizinprodukte herstellen, während Restaurantbesitzer, Einzelhändler oder Künstler in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind. Der altbekannte Ruf, nun «die Reichen» stärker zu belasten, schafft unterdessen ein Gegeneinander,

wo gerade Unternehmer soziale Verantwortung zeigen und der deutsche Korporatismus einmal mehr funktioniert. Die notwendigen Mittel sollten langfristig durch eine massvolle Erhöhung der Ertragssteuern gewonnen werden. Die Einkommensteuer wird zu Recht als die «gerechteste» Abgabe bezeichnet, weil sie – anders als andere Abgaben – die jeweilige persönliche Situation und damit auch die Krisenbetroffenheit zu berücksichtigen sucht.

Gegenüber linken und rechten Phantasien eines breiten unverteildenen Staates ist gerade nach der Bewältigung der Pandemie für eine starke, aber schlanke öffentliche Hand zu streiten. Klarer als zuvor muss der Staat angesichts der enormen Anforderungen, die vor uns liegen, Prioritäten setzen, insbesondere, was das Gesundheitssystem, die Verkehrstechnische und die digitale Infrastruktur sowie die Schule und die Bildung betrifft. Die Krise hat gezeigt, dass Berge versetzt werden können, wenn die öffentliche Hand und die Zivilgesellschaften an einem Strang ziehen. Das Potenzial der Zivilgesellschaften heben auch angesichts der erheblichen regionalen Unterschiede vor allem kleinere politische Einheiten. Daher wird es von entscheidender Bedeutung in Deutschland sein, die Länder auch in eigenen Steuermitteln zu stärken und die Kommunen von Ländervorgaben und Programmfinanzierungen zu befreien. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie sie ihr Geld verwenden sollen und was sich mit dieser Selbstverantwortung bewirken lässt.

Multilateralismus statt Weltgesellschaft

Die Finanzkrise, die Flüchtlingsströme, der Klimawandel und das Virus haben Grenzen überschritten. Wir kennen die nächste weltumspannende Krise nicht. Doch um sie zu bewältigen, braucht es kluge internationale Organisationen und kraftvolle Staaten, die entschlossen kooperieren. Ingesamt gilt es, das zwischenstaatliche Vertrauen zu stärken. Hierfür könnte die G-20 ein Forum bieten, wenn sie in einer permanenten Vertretung verstetigt wird. Diese Vertretung hätte keine Entscheidungskompetenzen, würde aber – anders als internationale Institutionen – einen raschen, informellen und permanenten Austausch ermöglichen. Angehörigen könnten ihre persönliche Beauftragte der Regierungschefs und der führenden Köpfe wichtiger internationaler Organisationen, wobei auch die Schweiz mit ihren besonderen Erfahrungen und weitere ausgewählte Staaten vertreten sein sollten. Die Vertreter würden über aussergewöhnliche Erfolgserwartungen, aber eben auch über Krisen frühzeitig berichten und Ursachen ergründen. Gipfeltreffen wie die Videokonferenz im März zur Pandemie wären nicht die Ausnahme, sondern würden zur Regel und könnten mancher Gefahr bereits präventiv begegnen.

Die Quellen für einen Neuanfang sind vorhanden: die kreative und solidarische Kraft der Zivilgesellschaften, die internationale Kooperation der Staaten und das Vertrauen in Selbstverantwortung und Solidarität. Sie klug und neu zu nutzen, ist das Gebot der Stunde.

Gregor Kirchhof ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Augsburg und derzeit Fellow am Forschungskolleg normative Gesellschaftsgrundlagen in Bonn. **Andreas Rödder** ist Professor für neueste Geschichte an der Universität Mainz.